

II-2736 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A n t r a g

No.151/A
Präs.: 22. MAI 1985
.....

der Abgeordneten Ing. Hobl, Dr. Partik-Pablé, Dr. Lichal
und Genossen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zivildienstgesetz
(ZDG) geändert wird.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom, mit dem das Zivildienstgesetz
(ZDG) geändert wird (Zivildienstgesetz-Novelle 1985).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

(Verfassungsbestimmung)

Die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im Art.
II des vorliegenden Bundesgesetzes enthalten sind, sowie die
Vollziehung dieser Vorschriften sind auch in den Belangen Bun-
dessache, hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz in
der Fassung von 1929 anderes vorsieht.

Artikel II

Das Zivildienstgesetz, BGBl.Nr. 187/1974, zuletzt geändert
durch das Bundesgesetz BGBl.Nr. 459/1984, wird wie folgt ge-
ändert:

- 2 -

§ 26 Abs. 2 lautet:

"(2) Das Taggeld beträgt

1. im Falle eines ordentlichen Zivildienstes 45 S und
2. im Falle eines außerordentlichen Zivildienstes 65 S."

Artikel III

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1985 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich des Artikels I die Bundesregierung, im übrigen der Bundesminister für Inneres betraut.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Ausschuss für innere Angelegenheiten zuzuweisen.

V O R B L A T T

A. Problem:

Erhöhung des Taggeldes für Präsenzdienst leistende Wehrpflichtige durch Novellierung des Heeresgebührengesetzes; Notwendigkeit der Erhöhung des Taggeldes für Zivildienstleistende durch Novellierung des Zivildienstgesetzes zur Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes.

B. Ziel und Inhalt:

Gleichzeitige und gleich hohe Anpassung des Taggeldes der ordentlichen und außerordentlichen Zivildienst Leistenden an jenes der ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen (Erhöhung des Taggeldes für den ordentlichen Zivildienst von S 40,-- auf S 45,-- und für den außerordentlichen Zivildienst von S 60,-- auf S 65,--).

C. Alternativen:

Unter Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes keine.

D. Kosten:

Jährlicher Mehraufwand voraussichtlich etwa 3,8 Millionen Schilling.

ERLÄUTERUNGEN

I) ALLGEMEINER TEIL

A) GRÜNDE FÜR EINE NOVELLIERUNG:

Im Rahmen einer durch Initiativantrag vorgesehenen Novellierung des Heeresgebührengesetzes soll mit Wirkung vom 1. Juli 1985 unter anderem das Taggeld für Wehrpflichtige, die einen Grundwehrdienst in der Dauer von 6 Monaten oder einen außerordentlichen Präsenzdienst in den Fällen des § 2 Abs. 1 lit. a) bis c) des Wehrgesetzes 1978, BGBl.Nr. 150, leisten, angemessen erhöht werden. Der Grund für diese Maßnahme ist die seit der zuletzt durch die Heeresgebührengesetz-Novelle 1982, BGBl.Nr. 285, erfolgten Festsetzung des Taggeldes eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Da durch die Zivildienstgesetz-Novelle 1984, BGBl.Nr. 459, die Höhe des Taggeldes für Zivildienstleistende im Zivildienstgesetz direkt geregelt wurde (Abkoppelung von den Bestimmungen des Heeresgebührengesetzes), ist es in Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes nunmehr erforderlich, auch das Zivildienstgesetz, wie im vorliegenden Entwurf vorgesehen, zu novellieren.

Die Notwendigkeit einer derartigen Vorgangsweise wurde bereits im Zuge der parlamentarischen Behandlung der Zivildienstgesetz-Novelle 1984 im Unterausschuß des Ausschusses für innere Angelegenheiten zum Ausdruck gebracht.

B) FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN:

Durch die vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen ist im Jahre 1985 ein voraussichtlicher Mehraufwand von 1,9 Millionen

- 2 -

Schilling zu erwarten. Der Berechnung wurde die Annahme zugrunde gelegt, daß vom 1. Juli bis 31. Dezember 1985 ca. 2000 Zivildienstpflichtige im ordentlichen Zivildienst eingesetzt sein werden.

Über allenfalls notwendige weitere finanzielle Aufwendungen kann derzeit keine Aussage getroffen werden, weil nicht abzusehen ist, ob und inwieweit Zivildienstleistende in einem allfälligen außerordentlichen Zivildienst einzusetzen sein werden.

II) BESONDERER TEIL

Zu Art. I:

§ 1 des geltenden Zivildienstgesetzes (Verfassungsbestimmung) legt fest, daß die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie in diesem Bundesgesetz enthalten sind, sowie die Vollziehung dieser Vorschriften auch in den Belangen Bundessache sind, hinsichtlich derer das B-VG in der Fassung von 1929 etwas anderes bestimmt. Daraus folgt, daß jede inhaltliche Änderung des Zivildienstgesetzes eine Änderung der Bundeskompetenz mit sich bringt. Da die in der vorliegenden ZDG-Novelle vorgesehenen Änderungen nicht bloß formeller Natur sind, wurde der Novelle eine Verfassungsbestimmung als sogenannte Deckungsklausel vorangestellt, um die Kompetenz des Bundes zur Erlassung und zum Vollzug der gegenständlichen Novelle verfassungsrechtlich sicherzustellen.

Zu Art. II:

Diesbezüglich wird auf Abschnitt A des allgemeinen Teiles der Erläuterungen verwiesen.

Zu Art. III:

Die vorgesehene Novellierung des Zivildienstgesetzes soll aus gleichheitsrechtlichen Erwägungen gleichzeitig mit jener des Heeresgebührengesetzes in Kraft treten.